

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 24 mit dem Inhalt „Erzgebirgische Volksfreund“ 20 (Beilagenzeitung) und „Erzgebirgische Volksfreund“ 25, auswärts 28, für die 20 mit dem Inhalt „Erzgebirgische Volksfreund“ 20, auswärts 23, für die 20 mit dem Inhalt „Erzgebirgische Volksfreund“ 25, auswärts 28.
Verlag: Leipzig Nr. 13225.
Gesamtdruck: Leipzig, Nr. 13225.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Kus, Böhla, Schneeberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Böhla, Neuhäusel und Schneeberg, der Finanzämter in Kus und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Kus und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärner, Kus, Sachsen.

Verleger: Kus 41 und 42, Böhla (am Rte) 440, Schneeberg 16, Schwarzenberg 2316. Druckort: Zeitzdruckerei Leipzig.

Einzelnen - Nummern Nr. 10 am Freitag erscheinen Nummer des Samstags 9 Uhr in den Anzeigenblätter. Die Nummern für die Anzeigen der Anzeigenblätter sind zu bestellen bei den Anzeigenblättern. Die Anzeigenblätter sind zu bestellen bei den Anzeigenblättern. Die Anzeigenblätter sind zu bestellen bei den Anzeigenblättern.

Nr. 242.

Freitag, den 16. Oktober 1931.

84. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Der Ausschluss über die Einnahmen und Ausgaben des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg auf die Monate April bis September 1931 zufolge § 13 Absatz 2 und 3 der Verordnung des Reichsministers der Finanzen über die Finanzstatistik vom 28. Februar 1931, RGBl. I S. 32 folgte, liegt im Kassentraum des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft 8 Tage zur Einsichtnahme aus.
Schwarzenberg, den 13. Oktober 1931.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, Freitag, den 16. Oktober 1931, vorm. 10 Uhr soll in Neuhäusel 1 Auto (Chevrolet-Vimourine) öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.
Sammelort der Bieter: Gasthaus Goldener Stern.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneeberg.

Freitag, den 16. Oktober 1931, nachm. 3 Uhr sollen in Borsdorf 1 Handmaschine, 1 Fädelmaschine, 1 Warenaufhäng, 1 Ledentafel, 3 Glaswarenbehälter öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.
Sammelort der Bieter: Restaurant Vierhölzer.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneeberg.

Niedersehema. Gefunden
worden sind: 1 Paar Handschuhe, 1 größerer Schraubenschlüssel, 1 Wagenplane, 1 Bund Schlüssel.
Niedersehema, den 14. Oktober 1931. Der Gemeinderat.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ in Kus, Schneeberg, Böhla und Schwarzenberg eingesehen werden.

Mißglückte Angriffe gegen Schacht.

Beginn der Aussprache im Reichstag.

Berlin, 14. Okt. Der Reichstag trat heute in die Aussprache über die Regierungserklärung ein.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.), der als erster Redner das Wort erhält, führt u. a. aus: Wenn wir das Kabinett Brüning toleriert haben, so ist das nicht geschehen, weil wir glaubten, daß dieses Kabinett sozialistische Politik treiben werde. Wir haben es getan, weil wir in erster Linie die Staatsform, in der wir leben, schützen wollten gegen die Angriffe der Faschisten und der Diktatur. (1) Die Fronten sind jetzt klar abgegrenzt: auf der einen Seite die nationale Opposition, auf der anderen Seite die vereinigten Gewerkschaften. Die Kommunisten haben sich durch ihre Katastrophentaktik als Schleppenträger der Sozialreaktion gezeigt. (2) Wenn bei den Kommunisten. Wenn wir das Misstrauensvotum gegen das Kabinett Brüning ablehnen, so bedeutet das keine Vertrauensfundgebung für das, was dieses Kabinett politisch tut, aber es ist die Befestigung des schärfsten Misstrauens gegen das, was nach Brüning kommt. Wir sind und bleiben Anhänger der sozialistischen Wirtschaftsform. Sollte die Sozialreaktion ihre Pläne durchsetzen wollen, so wird sie die Sozialdemokraten auch auf ihrem Wege finden.

Nach der Rede Breitschoids strömen die hundertfünfzig Wannen der nationalen Opposition unter lautem Hallo der Linken in den Saal. Reichsanwalt Dr. Brüning verläßt seinen Platz und begibt sich in sein Arbeitszimmer.

Abg. Dr. Frick (Natio.)

führt aus: Wir werden die Notverordnungen weiter ablehnen, weil wir Regierungen, die sich scheuen, das Volk über die Berechtigung ihrer Maßnahmen zu befragen, nicht für befugt halten, den Artikel 48 für ihre rein parteipolitischen Bestrebungen anzunehmen. Die Inflation haben wir stets als ein Verbrechen in der schärfsten Form gebrandmarkt, so daß es überflüssig ist zu sagen, daß wir uns niemals eines ähnlichen Verbrechens schuldig machen werden.

Vornehmlich um des Arbeiters willen haben wir unseren Kampf gegen die Verflauung des Volkes und der Wirtschaft, gegen Kredit- und Erfüllungspolitik geführt.

(Händeklatschen v. d. Natio.) Die NSDAP. hat stets die verantwortungsbewußte parlamentarische Mitarbeit der berufständlichen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gefordert. Diese Grundsätze werden auch in einer kommenden, von uns geführten nationalen Regierung maßgebend sein. In einigen Punkten fügt die Regierungserklärung auf nationalsozialistischen Forderungen. Indessen wird die Regierung nach unserer Überzeugung nicht fähig sein, diese Probleme zu lösen, weil eben nationalsozialistische Forderungen selbstverständlich nur von Nationalsozialisten in die Praxis übertragen werden können, niemals aber von unzulänglichen oder gar böswilligen Nachahmern. (Beif. v. d. Natio.) In der Außenpolitik hat sich die volle Unfruchtbarkeit und Ergebnislosigkeit der Arbeit des Kabinetts Brüning gezeigt. In allen lebenswichtigen Fragen mußten verheerende Fehlschläge mit in Kauf genommen werden. Es fand sich kein Anzeichen des Willens, die Voraussetzungen für eine anders geartete und dem Reichsinteresse entsprechende Außenpolitik zu schaffen.

Wir fordern Wehrhaftigkeit, nicht, um einen Revanchekrieg zu entfesseln, sondern weil sie Voraussetzung ist für die Gleichberechtigung Deutschlands.

Die Politik Frankreichs ist nach wie vor die fürchterlichste Gefahr nicht für Deutschland, sondern für ganz Europa. Wir sind nichtbestoweniger zu jeder Verständigung auch mit Frankreich bereit, wenn dabei den Lebensnotwendigkeiten für unser Volk Rechnung getragen wird. (Stürm. Beif. v. d. Natio.) Die Regierungsparteien u. links.) Die ungeschickte Behandlung wichtiger außenpolitischer Fragen hat nicht nur unser Ansehen im Rat der Völker schwer geschädigt, sondern auch den Frieden gefährdet. (Beif. v. d. Natio.) Vordringlichste Aufgabe der deutschen Außenpolitik ist planmäßige Förderung eines Bündnisystems mit den Völkern, die unter dem Verfall der Vertrag-ebensfalls leiden. Wir machen

der Regierung Brüning ausdrücklich zum Vorwurf, daß sie, wie alle ihre Vorgänger, im Kampfe gegen die Kriegsschuldfrage kläglich versagt hat. Wir können ihr deshalb auch auf außenpolitischem Gebiet nicht das mindeste Vertrauen entgegenbringen.

In der Zusammenlegung des Reichswehr- und Reichsinnenministeriums sehen wir eine verhängnisvolle Belastung der Reichswehr mit politischen Auseinandersetzungen. Unsere Armeedarf nur für wehrpolitische Fragen in Anspruch genommen werden.

Dr. Frick schließt mit den Worten: Wir sprechen dem Kabinett Brüning unser Misstrauen aus und erwarten die Zustimmung aller volksbewußten Mitglieder dieses Hauses. Wir betonen unseren unbedingten Entschluß, nicht zu ruhen, bis wir im Bewußtsein unserer Verantwortung und Kraft die Führung der Nation zum Wohl seiner werktätigen Schichten in Händen halten. Unsere Regierungserklärung wird kurz sein. Sie wird lauten: „Kraft und Wille, Freiheit, Arbeit und Brot.“ (Langanhaltender, stürm. Beif. v. d. Natio., die darauf geschlossen unter Heilrufen den Saal verlassen.)

Vorsitz der Deutschnationalen.

Dr. Obersjöhren (Dnat.):

Wie kommen in diesen Reichstag, um eine Kriegsangelegenheit zu überbringen, diesem System und seinen Trägern. Wir halten den Zeitpunkt für gekommen, um festzustellen, daß diejenigen, die nichts vorausgesehen haben, und die infolgedessen das deutsche Schicksal nicht wenden konnten, endlich zurücktreten und Platz machen müssen den Kräften, die Weg und Ziel der Rettung kennen.

Herr Dingeldey hat in einer Rede vom vorigen Sonntag, in der sonst allerhand zarte Ansätze zu besserer Einsicht feststellbar waren, die Behauptung aufgestellt, die nationale Opposition habe mit ihrer Selbstaushaltung und ihrem Auszug aus dem Reichstag einen ungeborenen schweren Fehler begangen. Ich habe den Eindruck, daß Herr Dingeldey, noch sehr wenig Kontakt mit der wirklichen Bewusstseinsentwicklung der deutschen Bevölkerung hat.

Wir haben es gar nicht nötig, den Akt, den wir damals vollzogen haben, irgendwie zu rechtfertigen, denn ein Meer von Zustimmung strömte der nationalen Opposition entgegen, als sie damals aus dem Reichstag auszog.

Mit diesem parlamentarischen Hin und Her, mit dem Ausfolgeln von Einzelvorstellungen für Berufsstände usw. wollen wir nichts mehr zu tun haben. War es nicht unerhört, daß man damals unter offenem Bruch der Reichsverfassung die Geschäftsordnung geändert hat? War es nicht unerhört, wie damals eine Mehrheit von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei sich gegenüber der nationalen Opposition, insbesondere den Nationalsozialisten, verhielt, indem man erklärte, daß man alle Strafverfolgungsanträge unbefehlig genehmigen werde? Man wollte die Opposition dem Strafrichter ausliefern und sie damit mundtot machen, daß man sie ins Gefängnis werfen ließ. Das sind Methoden, die wir Ihnen einmal hundert- und tausendfach heimzahlen werden. (Stürm. Beif. rechts.)

Die deutsche Not ist im wesentlichen die Folge einer deutschen Krise, die von dem System verschuldet ist, das wir bekämpfen.

Reichsanwalt Dr. Brüning hat den Kampf um die Seele des deutschen Volkes vollständig verloren.

Auf der gewaltigen Heerschau des nationalen Gedankens in Harzburg hat sich gezeigt, daß es in Deutschland Millionen gibt, die bereit sind, für eine Idee und ihre Führer ihr Leben zu lassen. Man hat Eugen Berger vorgeworfen, daß er den Reichspräsidenten in die Erörterungen gezogen hat. Das Kabinett hat durch die fortgesetzten Notverordnungen und ihre Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten Hindenburgs Namen und sein historisches Ansehen gefährdet. Mit den Methoden des Pferdehandels hat die offizielle Pressestelle der Reichsregierung eine falsche Darstellung über die Unterredung des Reichs-

Dr. Schacht stellt richtig.

Berlin, 15. Okt. Dr. Schacht hat an den deutschen Fraktionsvorsitzenden Dr. Obersjöhren folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter!
Nachdem die Pressestelle der Reichsregierung den vollständigen Abdruck meiner Harzburger Ausführungen verhindert, die Reichsregierung aber dennoch gegen diese Stellung genommen hat, so bitte ich Sie, von folgender Erklärung im Reichstag Kenntnis geben zu wollen:

Ich habe in Harzburg über die Stabilität unserer Währung, deren Sicherheit überhaupt nicht in Frage steht, mit keinem Worte gesprochen. Ich habe dagegen bei der Kennzeichnung unserer Wirtschaftslage einfach die Tatsache festgestellt, daß die Mittel der Reichsbank durch die Illiquidität von öffentlichen Hand und Finanzinstituten derart beschränkt werden, daß für den regulären Warenverkehr, dessen Ausdehnung wir doch alle anstreben, nichts mehr übrig bleibt. Ich habe ferner gesagt, daß unser Kredit nur gewinnen könne, wenn wir in dieser wie in anderen Fragen volle Klarheit verbreiten. Jeder Sachkundige kann sich berechnen, daß die Inanspruchnahme der Reichsbank durch Illiquidität, d. h. auf lange Zeit eingefrorene Wechsel die Hälfte ihres Portefeuilles weit überschreiten muß. Daß aber das Publikum über diese Einengung des normalen Warenkredits nicht ausreichend unterrichtet ist, beweist allein die Tatsache, daß der Herr Reichsfinanzminister für diese Inanspruchnahme das Wort „geringfügig“ verwendet.

Die „Bedenken“ der II.

Sie bezogen sich nur auf die Möglichkeit der Zeitungsverbote.

Zu der Erklärung, die der Reichsfinanzminister im Reichstag über die „Milderung“ der Wiedergabe der Rede Dr. Schachts in Harzburg abgegeben hat, stellt die Telegraphen-Union folgendes fest:

Der Nachrichtendienst der II. hat auf Anfragen und auf den Hinweis des diensttuenden Beamten der Presseabteilung der Reichsregierung, daß einige Stellen in der Rede Dr. Schachts auf Grund der Notverordnung zu einem Verbot von Zeitungen führen könnten, diese Stellen vor der Veröffentlichung aus der Rede herausgenommen bzw. in einigen bereits weitergegebenen Exemplaren nachträglich wieder streichen lassen. Die endgültige Fassung wurde erst ausgegeben, nachdem seitens derselben amtlichen Stelle, die inzwischen Fühlung mit der Reichsbank genommen hatte, erklärt worden war, daß nach der Streichung dieser Stellen keine Bedenken mehr beständen.

Kanzlers mit deutschnationalen Abgeordneten verbreitet. Es wurde geschrieben, die Unterredung habe gezeigt, daß wir zur verantwortlichen Mitarbeit in der Regierung nicht bereit seien. Tatsächlich hat Dr. Brüning mir nur seine neuen Steuerpläne vorgelesen, aber mich nicht gefragt, ob wir in die Regierung eintreten wollten. Hätte er das gefragt, dann hätten wir ihm gesagt, daß wir dazu bereit seien unter der Bedingung, daß das Steuer vollständig herumgerissen wird und die Regierungspolitik sich klar gegen die Sozialdemokratie richtet. Die nachgewiesenen Fälschermethoden der offiziellen Pressestelle haben offensichtlich den Zweck verfolgt, die höchste Stelle im Reich zu täuschen.

Die jetzige Krise ist verschuldet worden durch die übermäßige Verrechnung kurzfristiger ausländischer Kredite nach Deutschland. Die Regierung hat nicht die Wirtschaft angeleitet, sondern ihre Grundfragen erschüttert durch eine Steuerpolitik, die in geradezu verwerflicher Weise die Substanz angreift. Die Arbeitslosigkeit kann sich nicht vermindern, solange wir eine Zwangsbewirtschaftung der Arbeit haben mit dem Schlichtungswesen, den Schiedsprüchen und der Unabdingbarkeit der Tarifverträge. (Stürm. Beif. links.) Die Männer, die wie Quack, Bang und Schacht die schlimmen Folgen der verfehlten Finanzpolitik rechtzeitig gekennzeichnet haben, sind deswegen maßlos angegriffen worden. Wirtschaftliche Landesverträter nennt man die Leute, die der Wahrheit eine Gasse bahnen! (Beifall rechts.)

Die Entscheidung über das Kabinett Brüning hängt nicht ab von sechs Stimmen im Reichstag, sondern die Entscheidung fällt, wenn die Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, der Regierung die Mittel zur Fortführung der öffentlichen Aufgaben zu liefern.

Der Redner nimmt dann Dr. Schacht in Schutz gegen die Angriffe wegen seiner Harzburger Rede. Dr. Schacht werde von der Linken verfolgt, weil er einen selbstbewußt nationalen Standpunkt einnehme und die Miswirtschaft der sozialistisch regierten Gemeinden bekämpfe habe. Dr. Schacht habe in Harzburg nicht währungsrechtliche, sondern kreditpolitische Ausführungen gemacht, die keineswegs als Landesverrat bezeichnet werden könnten.

Es sei eine Infamie, wenn behauptet wird, auf der Harzburger Tagung sei ein Anlauf zur Herbeiführung der Inflation gemacht worden.

Die Notverordnungen seien sämtlich verfassungswidrig und müßten aufgehoben werden. Das könne nur derjenige be-